

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes \* Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

27. Jahrgang

Bezugpreis vierteljährlich 90 Pf.  
monatlich 20 Pf. ohne Postgeb.

Köln, den 7. November 1931

Erscheint vierteljährig Samstags  
Einzelnummern kosten 10 Pfennig

Nummer 23

## An alle Mitglieder der christlichen Gewerkschaften

Der außerordentliche Ernst der gegenwärtigen Situation in Staat und Wirtschaft erfordert Klarheit, Bestimmtheit und zielbewusstes Handeln. Große Teile des deutschen Volkes, vor allem aber die Arbeiterschaft, leiden harte Not. Die Not steigert sich bei vielen bis zum bittersten Elend. Nach und nach hat die Wirtschaftskrise auch andere Länder erfasst. Die Weltwirtschaft ist ins Wanken geraten. Trotz der ersten Schwierigkeiten und der großen Not ist die Lage aber keinesfalls hoffnungslos. Wir dürfen nicht müßlos werden. Im Gegenteil: es müssen alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden, um nach und nach wieder zu gesünderen Verhältnissen zu kommen. Zwar kann sich kein Land allein aus eigener Kraft der internationalen Wirtschaftskrise entwinden, aber jedes Land, vor allem auch Deutschland, das am stärksten unter der Krise leidet, muß das Seine tun, um der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Die Wirtschaftskrise kann aber nicht mit radikalen Programmen, mit unfruchtbarem Radikalismus oder mit einer gegen die Arbeiterschaft gerichteten unsozialen Politik gemildert oder gar beseitigt werden. Immer stärker und unverhüllt tritt die soziale Reaktion, die die Gewerkschaften und die gesetzliche Sozialpolitik für die Krise verantwortlich macht, hervor. Sie verwirrt die öffentliche Meinung und sucht die Macht an sich zu reißen. Der Sturz der gegenwärtigen und die Bildung einer anderen, ihren Plänen geneigten Regierung ist ihr Ziel. Sie will eine grundsätzliche Kursänderung, die vor allem in der Beseitigung der von den Gewerkschaften errungenen Rechte und Freiheiten der Arbeiterschaft, sowie der sozialen Gesetze bestehen soll. Das ist wiederholt öffentlich — zuletzt noch bei den Kämpfen im Reichstage — ausgesprochen worden.

Der Ansturm der Reaktion wurde im Reichstag abgeschlagen!

Damit ist die Gefahr aber nicht beseitigt. Das Ziel, die Regierung zu stürzen und eine gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtete Herrschaft auszuüben, besteht noch wie vor. Die Not des Volkes und die bestehende Unzufriedenheit wird benutzt, um die Verwirrung zu steigern und die parteipolitischen Leidenschaften zu entfesseln. Alle anders lautenden Reden und Beteuerungen können über die wahren Absichten der Reaktion nicht hinwegtäuschen.

Beseitigung der Arbeitslosenversicherung, der Unabdingbarkeit der Tarifverträge und der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen, weitere Herabsetzung der Löhne und der Leistungen der

verschiedenen Zweige der Sozialversicherung ist das von ihr mit Nachdruck verfolgte Ziel!

Unter dem Vorwand, den „Marxismus“ und das „heutige System“ zu bekämpfen und zu beseitigen, soll die einseitige Herrschaft der wirtschaftlich Stärkeren über die Schwächeren aufgerichtet werden. Die Verwirklichung dieser Pläne würde nicht nur eine weitere Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterschaft bedeuten, sondern auch die Ordnung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gefährden.

Den Plänen und Zielen der sozialen Reaktion gilt der Kampf der Gewerkschaften. Dieser Kampf geht weiter. Hierbei fällt der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung eine besondere Aufgabe zu.

Die christlichen Gewerkschaften lehnen alle zersetzenden Tendenzen und jeden unfruchtbaren Radikalismus entschieden ab. Sie leisten positive Arbeit für die Gesundung in Staat und Wirtschaft. Ihr Kampf gilt der Verwirklichung des sozialen Rechtes, der Gleichberechtigung des arbeitenden Volkes und der Abwehr aller unsozialen und volksfeindlichen Pläne. Sie wollen eine gerechte Verteilung der unvermeidlichen Opfer und Lasten, eine gesunde Wirtschaft, einen starken Volksstaat und ein freies Deutschland!

Die christlichen Gewerkschaften streben unbeirrt und verantwortungsbewußt diesem Ziele zu. Sie bedürfen dazu aber der stärksten Mitarbeit aller Mitglieder. Nicht deshalb der Blick fest in die Zukunft, regt alle Kräfte, damit unsere Bewegung weiter erstarkt. Gewinnt neue Anhänger für sie. Nie war die Besinnung auf die eigene Kraft notwendiger als gegenwärtig. Achtet auf die gewerkschaftsfeindlichen Gruppen. Es ist nicht wahr, wenn heberisch oder gedankenlos gesagt wird, die Arbeiterschaft hat nichts mehr zu verlieren. Sie hat noch manches zu verlieren, aber es muß auch noch vieles erobert und neugefaltet werden.

Erwartet jedoch im Kampfe um die Rechte der Arbeiterschaft nicht alles von der Hilfe des Staates. Die organisierte gewerkschaftliche Selbsthilfe hat sich seit Jahrzehnten als die zuverlässigste Hilfe erwiesen. Sie ist auch der beste Schutzwall gegen alle verderblichen und volkschädigenden Pläne. Deshalb muß die Losung lauten:

Die Front geschlossen gegen die soziale Reaktion! Gegen die Feinde der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften! Holt den letzten Arbeiter als Mitkämpfer heran. Es geht ums Ganze!

Der Vorstand des Gesamtverbandes  
der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

## Versuchtes Tarifdiktat des Bundes Deutscher Buchbinder-Innungen

In Nr. 43 des „Allgemeinen Anzeigers für Buchbindereien“, vom 23. Oktober 1931 gibt der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen bekannt, daß die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften endgültig gescheitert sind. Er empfiehlt seinen Mitgliedern, soweit sie nicht anderen Buchbinder-Reichstarifen unterstellt sind, die Herabsetzung des Spitzenlohnes auf 1 RM. und den Wegfall der Bezahlung der Feiertage, in ihren eigenen Betrieben durch Vereinbarung mit ihren Arbeitnehmern durchzuführen. Dazu die Mahnung: „Ein örtlicher Tarifabschluß mit den Gewerkschaften darf unter keinen Umständen erfolgen.“ Allen Betrieben mit einer Arbeitnehmerzahl bis zu 5 Personen (einschließlich Lehrlingen und Frauen) wird empfohlen, die Lohnsätze der nächstniederen Ortsklasse zu vereinbaren. Dazu veröffentlicht der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen eine Lohnabelle mit 7 Ortsklassen, der ein Spitzenlohn von 1 RM. zugrunde liegt.

Diese „strategische“ Leistung war vorauszusetzen, zumal diesbezügliche Androhungen bereits wiederholt bei den Verhandlungen angebetet wurden. Wir sind aber darüber nie erschrocken, und können auch jetzt ein Wächeln nicht verhehlen. Gewiß ist die Zahl der handwerksmäßig betriebenen Buchbindereien groß, aber die Zahl der in ihr beschäftigten Gehilfen und Facharbeiterinnen ist fast bedeutungslos. Bedingt durch den Umstand, daß auch fabrikmäßig eingerichtete Buchbindereibetriebe vielfach den örtlichen Innungsverordnungen in Großstädten, wegen der Belegschaftslage, angeschlossen sind, kann der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen mit einer nennenswerten Beschäftigungszahl aufwarten. Es mag vielleicht da und dort gelingen, daß sich einzelstehende Betriebe dem Tarifdiktat des Bundes unterwerfen, aber in solchen Betrieben, wo man auf fremdes Personal unter allen Umständen angewiesen ist, hoffen wir, daß ein einseitig angeordneter Lohnbruch nicht stillschweigend oder gar durch untergeschliffene Anerkennung hingenommen wird. Wir rechnen auch damit, daß viele Buchbindermeister es ablehnen, ihrem Personal eine vom Bund diktierte Lohnsenkung zuzumuten, und bisher übliche und tariflich verankerte Feiertage nicht mehr zu bezahlen. Wird doch von dem in handwerklich betriebenen Buchbindereien beschäftigten Personal ein allgemeines vielseitiges Können gefordert, und man sollte auch seitens der Syndikate, darüber nachdenken, wie tüchtige Fachleute es aufnehmen, wenn ihnen zugemutet wird, ungünstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzunehmen wie ihre Berufskollegen in tarifgebundenen Betrieben.

Die Gewerkschaften haben im Jahre 1930 dem Drängen des Bundes stattgegeben und den Kleinbetrieben die Möglichkeit zugestanden, um eine Klasse tiefer zu entlohnen wie der Tarif vorschreibt, wenn nicht mehr wie insgesamt 5 Personen beschäftigt werden. 10 Jahre marschierte der Bund in Reih und Glied mit dem „Api“, und seiner Einwirkung war es vielfach zuzuschreiben, daß die gesteckten Ziele nicht im notwendigen Ausmaß erreicht werden konnten. Im Jahre 1931 glaubte der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen, d. h. seine Tarifkommission, einen eigenen Mantel- und Lohn-tarif durchsetzen zu können, der sich wesentlich günstiger, im Sinne der Arbeitgeber, gestalten sollte. Man halte hierbei sicher nicht nur die Not bestimmter Kleinmeister im Auge, sondern wollte den Tarif schaffen, welcher die nötige Anziehungskraft ausübt, damit ein stärkeres Abrücken vom VDB. und anderen Tarifen erzielt und dem Bund neue Mitgliedsfirmen zugeführt werden konnten. Vielleicht hoffe man auch, die Bundestasse damit auf eine gesündere Grundlage stellen zu können. Wer glaubt denn daran, daß der erhoffte Lohnunterschied gegenüber Großbuchbindereien und Buchdruckereien dem Handwerk nützen kann? Dem Handwerk fehlen doch nicht deshalb Aufträge, weil es zu teuer produziert, sondern weil das Verständnis für das handgebundene Buch geschwunden und zu viel Meister sich um den kleinen Bedarf streiten. Wir haben ja ein solches Übermaß von Kleinmeistern, daß gegenseitige Schmucktkonkurrenz nur

zu bannen ist, wenn sich die überflüssigen Betriebe allmählich zu Tode kalkulierend. Hinzu kommt eine vielfach übertriebene Behringszüchterei. Beschäftigten doch die Mehrzahl der Kleinmeister nur Behrlinge und eigene Angehörige. Ist die Wehrzeit abgelaufen, dann mag der junge Gehilfe sehen, wo er bleibt. Vielfach beschäftigt man die Behrlinge 3/4—4 Jahre für billiges Kostgeld, und dann stellt man ihnen als Ausweis für das Arbeitsamt die Bescheinigung aus: „Wegen Mangel an Arbeit entlassen.“ Stempeln gehen ist das Los der großen Mehrzahl und die Sucht nach Schwarzarbeit nimmt überhand.

Die Gewerkschaften haben ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, mitzuwirken, um berufliche Schäden einzudämmen und wenn möglich zu unterbinden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an Gefängnisarbeit, Regiebetriebe, Krüppelheime, Klosterbetriebe, Schwarzarbeit usw. Wenn aber der Bund Deutscher Buchbinder-Annungen glaubt, man könnte gegen die Gewerkschaften arbeiten und doch deren Unterstützung finden, so irrt er sich. Wir vertreten sogar den Standpunkt, daß jene Betriebe, die sich außerhalb tariflicher Ordnung stellen, d. h., die Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig diktiert, keinen berechtigten Anspruch haben, bei Vergütung von Aufträgen von Behörden usw. besonders berücksichtigt zu werden.

Das Journal für Buchbindereien Nr. 43 wirft die Frage auf: „Tariflos oder nicht, was ist richtig?“

Es bemerkt, daß nicht nur Gewerkschaftstreife, sondern viele Arbeitgeber Befürworter des Tarifwesens sind, während ebenso viele andere wieder die Meinung vertreten, jede tarifliche Bindung hindere den Streben und den wirklichen Arbeiter in seiner Entwicklung. — Man will also beiden Richtungen vorgenannter Auffassung die Möglichkeit geben, das Wort zu nehmen. Hoffentlich wagen sich jene Arbeitgeber, die über das notwendige soziale Verständnis verfügen, hervor, um den Nachweis zu führen, daß das Handwerk die tarifliche Regelung nicht entbehren kann, und der Bund wieder jene Haltung einnimmt, die er 10 Jahre in Verbindung mit dem „Apl“ eingenommen hat. Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hemmen den strebenden Arbeiter keinesfalls, weil der Tarif lediglich Grenzen nach unten vorschreibt. Reaktionale Unternehmermaßnahmen dagegen lassen sich Vormarschstreben aufkommen.

Wir ersuchen dringend jene Mitglieder, die in handwerkstätigen betriebenen Buchbindereien beschäftigt sind, geforderte Lohnsenkungen, analog einseitiger Anordnungen des Bundes, abzulehnen und unter keinen Umständen gewünschte Veränderungen schriftlich anzuerkennen. Wir bitten, Bezirksleiter und Zentrale über alle Vorgänge unverzüglich zu unterrichten und deren Weisungen abzuwarten.

den letzten Konsequenzen zu Ende gedacht habe. Man müsse erkennen, daß es sich beim heutigen Zustand nicht um eine konjunkturelle, nationale, sondern um eine strukturelle internationale Krise handle. Darin läge auch die lange Dauer der Krise begründet. Das deutsche Volk könne nur die Krisenursachen beseitigen, die in der deutschen Entwicklung selbst lägen, die internationalen Ursachen müßten durch entschlossene Gemeinschaftsarbeit der Völker behoben werden. Die heutige Reichsregierung habe in dieser Erkenntnis bedeutsame außenpolitische Aktionen eingeleitet. Bei den Überlegungen auf internationale Hilfe dürfe man jedoch nicht vom Wunschgefühl, sondern nur von den Verhältnissen ausgehen, wie sie sich dem nächstern Verband zeigen.

Mit diesem Aufruf des Hintergrundes unserer Lage ist auch gleichzeitig die geistige und materielle Umwelt erkennbar, in welcher sich die Sozialpolitik befindet. Sozialpolitik ist der Wille zur notwendigen Reform in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Existenzunsicherheit, die neu erstrebte Abhängigkeit der Lohnarbeiterschaft ist eine große Gefahr für das Volk. Wird die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in die Gemeinschaft des Volkes nicht weiter erstrebt, oder unmöglich gemacht, dann ist auch jede Voraussetzung für die geistige Volksgedung zerschlagen. Neuerliche Stimmungen und Maßnahmen lassen erkennen, wie weit man von dieser sozialen Verpflichtung abgerückt ist und noch abrücken will. Unter Ausnutzung der Volksmut sollen die sozialen Rechte des Volkes beseitigt werden. Dabei wird böswillig übersehen, daß nicht nur das Arbeitereinkommen, sondern auch die materiellen Leistungen der Sozialversicherung in einem nicht mehr zu verantwortenden Ausmaße abgebaut worden sind. Aber täuschen wir uns nicht. Reichsminister Brüning hatte begründeten Anlaß, im Reichstage zu erklären, daß er es ablehne, sich in eine Front gegen die Arbeiterschaft drängen zu lassen. Höchste Wachsamkeit ist geboten. Durch die Verletzung des Reichstags sind die sozialreaktionären Fronten nicht zerfallen. Der Kampf geht im Lande weiter. Es geht darum, ob sozialverständige oder sozialreaktionäre Kräfte herrschen sollen. Die furchtbare Not ist immer noch der stärkste Partner des Kapitalismus. Solange dieser Zustand anhält, wird Demagogie beliebter sein als die Mahnung zur opfernotwendigen Wiederaufbauarbeit. Daraus ergibt sich für die christlichen Gewerkschaften höchste Kampfbereitschaft. Einer drohenden Katastropheneinwirkung müssen wir uns ohne Verzug und mit lechter ordnender Kraft entgegenstellen. Das ist unsere Aufgabe um des Standes und Volkes willen. Christentum heißt nicht dulden, sondern Angriff, wenn die Kräfte der Verführung das Leben gefährden wollen. Das gilt für das private wie für das öffentliche Leben. Niemand täusche sich über die ungeheuren Energien, die in der noch vorhandenen seelischen Ruhe des Arbeitervolkes verborgen liegen. Wir für unsern Teil werden innerlich ausgerichtet und ohne Wanken alles tun, was das Recht der Arbeiterschaft und die Freiheit des Volkes erfordert.

Dieses Niederdacht, aufrüttelnde Referat bildete Hintergrund und Grundlage für die nun folgenden Beratungen über: Ausbau unserer Werbearbeit. Kollege Kumer (Köln) zeigte noch einmal kurz und treffend, wie die Lage im Beruf und Verband im Verein mit den maßlosen Angriffen gerade gegen die Gewerkschaften jedem einzelnen von uns die selbstverständliche Pflicht auferlege, mit aller Macht für eine weitere Stärkung der gewerkschaftlichen Front zu arbeiten. Es dürfte heute einfach nicht mehr möglich sein, daß noch irgendwo Unorganisierte in den Betrieben stehen.

In der lebhaften Aussprache wurde dies allseitig unterstrichen und interessante Einzelheiten aus den bisherigen Erfahrungen in der Werbearbeit herausgestellt. Allseitig kam der starke Wille zum Ausdruck, die Zahl der Mitstreiter zu erhöhen und noch stärker als bisher zusammenzuschließen. Teilweise sind auch schon beachtliche Fortschritte zu verzeichnen.

Nachdem sodann noch der Bezirksbeitrag nach lebhafter Debatte von 4 auf 3 Pf. pro verkaufte Karte festgelegt war, wurde der Bezirksvorstand neu gewählt; hierauf schloß Kollege Schmitz mit einem donnernden Hoch auf unsern Graphischen Zentralverband die Konferenz.

Wäge diese Tagung, welche von einer guten gewerkschaftlichen Disziplin und Schulung zeugte, und von echt kollegialem Geiste getragen war, mit dazu beitragen, die deutsche Arbeiterschaft einer besseren Zukunft, der sozialen Freiheit und wirtschaftlichen Gleichberechtigung entgegenzuführen zum Segen für unser gesamtes deutsches Volk und Vaterland.

## Tagung des Bezirks Niederrhein

25 Jahre Ortsgruppe Düsseldorf

Am Sonntag, den 25. Oktober, fand in Düsseldorf die jährliche Konferenz des Bezirks Niederrhein statt. Bezirksleiter Schmitz, M.-Gladbach, eröffnete um 10 Uhr die Tagung und konnte neben vielen Gästen u. a. als Vertreter des Zentralverbandes Kollegen Kumer, Köln, Kollegen Kleinermann von den Konsumgenossenschaften, Kollegen Anton (Düsseldorf) vom Gutenbergs-Bund, sowie zahlreiche Delegierte aus sämtlichen Bezirksorten begrüßen.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Düsseldorf, Kollege Nagel, hieß auch seinerseits die Delegierten herzlich willkommen. Heute begehe die Ortsgruppe ihr Silberjubiläum. Der augenblicklichen Notzeit Rechnung tragend, habe man von einer rauschenden Feier abgesehen, dafür aber den arbeitslosen Kollegen eine Sonderunterstützung als Jubiläumsgabe zutommen lassen. Sodann erwartete ein Bild der Geschichte der Ortsgruppe, deren Werdegang durch gewerkschaftliches Schaffen und Kämpfen um Gleichberechtigung und Ringen um soziale Freiheit gekennzeichnet ist. Besonders gedachte er in anerkennenden Worten des Kollegen Joseph Lottot, welcher 25 Jahre, davon 20 Jahre als Kassierer der Ortsgruppe seine Zeit und Kraft widmete. Sodann überreichte Kollege Nagel eine künstlerisch in Leder ausgeführte Anwesenheitsliste als Jubiläumsgabe an den Bezirk. (Die Mappe wurde von der Behringsgruppe Düsseldorf in den Fachkursen angefertigt.)

Bezirksleiter Kollege Schmitz erstattete sodann den Tätigkeitsbericht. Er führte u. a. aus: Die heutige Konferenz stehe im Zeichen höchster Not und Bedrängnis der Arbeiterschaft. Notzeit ist über das deutsche Volk hereingebrochen. Seit mehr als einem Jahre haben wir in Deutschland 4 Millionen Arbeitslose und über 4 Millionen Kurzarbeiter. Dazu kommen starke Belastungen durch Kürzung in der Sozialversicherung, Lohnsenkung, sowie Abbau der Affordröße und Leistungszulagen. Neuerdings sehe ein starker Ansturm gegen das Tarifrecht und Schlichtungsweisen ein. Diesem sei nur durch starke Gewerkschaften zu begegnen. Der Selbsthilfegedanke müsse viel mehr als wie bisher wieder in der Arbeiterschaft Platz greifen. Die anderen Stände hätten diesen Gedanken schon längst erkannt. Beweis: Die Unternehmern sind zu 72% organisiert, 79% der Beamten und 42% der Angestellten sind gewerkschaftlich erfasst, dagegen sind die Arbeiter nur zu 37% organisiert. Der Redner fuhr dann weiter: Vor offenen Augen den Einfluß der verschiedenen Schichten auf Politik, Wirtschaft und Betrieb sieht, findet in diesen Zahlen des Rätsels Lösung. Gegenüber dem Vollen und Drängen der sozialen Reaktion auf Beseitigung der Arbeiterrechte steht allein die gewerkschaftliche Organisation. Sie ist der Halt und der Damm gegen die Angriffe des Unternehmertums. Sehr wird und muß jedem Einsichtigen klar werden, warum mit so heftigen und unerhörten Mitteln gegen die Gewerkschaften gehetzt wird. Man hat längst erkannt, daß erst nach Verschlagung der Gewerkschaften der Arbeiter ein Spielball und willenloses Werkzeug in der Hand der antisozialen Kräfte werden würde.

Sodann kam er auf die allgemeine Lage im Bezirk zu sprechen. Die Wirtschaftskrise wirkte sich jetzt auch in unserem Gewerbe stark aus. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden mehr und mehr vorherrschend. Allein

27,5% der Gesamtausgaben für Arbeitslosenunterstützung des Verbandes seien für unseren Bezirk verwandt worden. Diese Zahl zeige, daß die Wirtschaftslage in unserem Bezirk mit am schlechtesten sei. Das dürfe uns aber nicht abhalten, sondern müsse gerade Ansporn sein, auch fernerhin unserem Graphischen Zentralverband neue Mitglieder zuzuführen.

Nach der Mittagspause war eine Besichtigung des Reichswirtschaftsmuseums, welches eine Fülle von interessantem statistischem Material birgt, das auch für die Arbeiterschaft von höchstem Interesse ist.

Die Nachmittagsagung erhielt eine besondere Note durch ein bedeutungsvolles Referat des Kartellsekretärs Arnold (Düsseldorf). „Ausgaben der christlichen Gewerkschaften bei der Neugestaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens unseres Volkes.“ Seinen Ausführungen entnehmen wir u. a. folgendes:

Unser Zeitleben befindet sich in einem Zeitraum stärkster Bewegtheit. In der Wirtschaft, im Sozialen und Politischen zeigt sich ein ungeheures Ringen. Wir befinden uns nicht in einem Zustand des Abgeschlossenen, sondern des Werden auf allen Gebieten. In einer solchen Epoche sind den christlichen Gewerkschaften bedeutende Aufgaben gestellt, denn es ist geradezu der Sinn der Bewegung, die Grundlage einer besseren Gesamtordnung zu schaffen. So heftig der Widerstand auch sein mag, unser Wille zu einer sozialen Reform muß noch stärker und entschlossener sein. Wirtschaftskrisis und Sozialpolitik sind Begriffe geworden, zwischen denen stärkste Spannungen bestehen. Die Sozialpolitik als der Inbegriff des Strebens, das materielle und seelische Wohl der bedrängtesten Volksschichten zu fördern, ist heute notwendiger denn je. Dabei übersehen wir nicht, daß jede sinnvolle Sozialpolitik an 2 Hauptvorsetzungen gebunden ist. Sie hat einmal notwendig eine seelische Bereitschaft, aus welcher sich eine tätige soziale Bestimmung ergeben muß und schließlich eine Verantwortung, die für das Ganze verpflichtet. Sodann hat die Sozialpolitik in ihrer materiellen Auswirkung finanzielle Mittel erforderlich. Diese Mittel müssen aus dem Ertrag der produktiven Wirtschaft genommen werden. Demgegenüber steht die Wirtschaftskrisis, also ein Zustand der Einkrümpfung, des Einnahmerrückganges, des Schwindens wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Dadurch ergeben sich Spannungen, die ausgehen aus einem schreienden Bedürfnis nach Hilfe einerseits und aus einer unzureichenden Befriedigungsmöglichkeit andererseits. Diese Spannungen gehen so tief, daß aus ihnen revolutionäre Gärungen, ein Geist der Zerlegung und eine Fülle von Volksgefahren wachsen. Sodann behandelte der Redner die Ursachen der Weltwirtschaftskrise, die sowohl in der deutschen, wie auch in der internationalen Entwicklung zu suchen seien. Die notwendige Senkung der öffentlichen Ausgaben müsse neben dem materiellen Effekt auch in geistiger Hinsicht zur Folge haben, daß der übersteigende Bürokratismus durch eine hitvolle Selbstverwaltung abgelöst werde. Das Leben des Volkstaates sei nicht zu retten, wenn der Bürokratismus die Beziehungen zwischen Volk und Staat, zwischen Bürgerschaft und Kommune zerschneide.

Noch größere Fehler seien in der Vergangenheit in der privaten Wirtschaftspolitik gemacht worden. Auch hier hätte sich ganz deutlich gezeigt, daß man die Tatsache des verlorenen Krieges nicht bis zu

### Gefahr im Verzug!

Tarif- und Sozialrecht soll zerschlagen werden.

Geht die Antwort in eifrigster Werbearbeit.

Stärkt die Abwehrfront!

## 25 Jahre christlich-nationale Buchdrucker-Gewerkschaft

Gutenberg-Bund und Graphischer Zentralverband sind nicht nur Weggenossen im Schreiten nach gemeinsamen Zielen. Uns verbindet engste berufliche, menschliche und freundschaftliche Gemeinschaftsarbeit. Daher nehmen wir an dem Gedentag der 25-jährigen Zugehörigkeit des Gutenberg-Bundes zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften freudigen Anteil und beglückwünschen unsere Freunde auch an dieser Stelle aufs herzlichste.

Aus dem Entwicklungsgang des Gutenberg-Bundes kurz einige Tatsachen, die wir dem „Typograph“ entnehmen:

Im Gegensatz zu den meisten anderen gewerkschaftlichen Organisationen hatte der Gutenberg-Bund seinen Vorläufer in einer Zeitschrift mit dem Titel „Der Typograph“. Stuttgarter Kollegen waren es, die die Initiative zum Erscheinen der Zeitschrift entwickelten. Die erste Ausgabe erschien am 4. November 1892, also fast ein Jahr vor der Gründung des Gutenberg-Bundes. Vornehmste Aufgabe der Bundeszeitschrift im Jahre 1892 war, die Sammlung und einheitliche Willensbildung aller derjenigen deutschen Buchdrucker-Gehilfen, die den sozialdemokratischen Charakter des Buchdruckerverbandes ablehnten. In den verschiedensten Druckorten im Reich hatten sich inzwischen Nichtverbandsvereine zur Pflege der Kollegialität und gegenseitigen Unterstützung gebildet. Jetzt wurde ein solches Vorgehen noch beschleunigt und angeregt. Aber schließlich erkannten die Regsamsten in diesen örtlichen Vereinen die Unzulänglichkeit der Isolierung. Sie strebten zum Zusammenschluß. Wieder war es die Bundeszeitschrift, die führend voranging. In der Ausgabe 8 des zweiten Jahrganges (25. Februar 1893) erging ein Appell an alle Kollegen, sich zu einer über das ganze Reich erstreckenden Organisation zusammenzuschließen. Damit war der Stein ins Rollen gekommen. Was jetzt folgte, war die Auswirkung dieses Appells zur Kongressierung der Kräfte. In ein entscheidendes Stadium kam die Bewegung zum Zusammenschluß durch die Verlegung unserer Bundeszeitschrift nach Berlin. Die Übersiedlung von der schwäbischen Hauptstadt zur Reichshauptstadt erfolgte bereits am 9. April 1893. Am 3. und 4. Sept. 1893 erfolgte die Einberufung des Deutschen Nichtverbands-Delegiertentages nach Erfurt. Erschienen waren dazu aus 12 Druckorten 23 Vertreter. Die Gründung des Gutenberg-Bundes wurde am 1. Tage der Delegiertentagung vollzogen. Die eigentliche Tätigkeit konnte der Gutenberg-Bund aber erst im Jahre 1894 aufnehmen. Am 2. April 1894 wurde mit der Erhebung des Wochenbeitrages, der zunächst 25 Pf. betrug, angefangen.

Zur damaligen Zeit gab es noch keine christlichen Gewerkschaften, die im Gegensatz zu den sogenannten freien Gewerkschaften ihre Verbundenheit mit der Nation nach dem Christentum betonten. Die Gründer des Gutenberg-Bundes näherten sich trotzdem weitgehend jenen Grundzügen, wie sie 6 Jahre später, zu Pfingsten 1899, von dem ersten Kongress der christlichen Gewerkschaften als Aktionsprogramm aufgestellt wurden. Die ersten Regungen im christlichen Arbeiterlager wurden sorgfältig beachtet und führten bald zum Anschluß an die christlich-nationale Gewerkschaft. Offiziell wurde der Anschluß am 30. Oktober 1906 vollzogen, während die im folgenden Jahre tagende 8. Generalversammlung des Gutenberg-Bundes (29. bis 31. März 1907 in Halle) den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften einmütig gutieß. Mit diesem Akt war der Weg freigemacht, im Rahmen der christlichen Arbeiterbewegung und als tätiges Glied der christlich-nationalen Gewerkschaften für die auf dem Boden der Gesamtbewegung stehenden Gewerbeangehörigen praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Durch den Anschluß konnte die Arbeit auf Grundzüge gestellt werden, die sich bis heute hat bewährt haben, und die nach unserer Erkenntnis allein im Stande sind, in Wirtschaft und Staat wahre Volksgemeinschaft aufzubauen. Wenn auch langsam, überall ist der Gutenberg-Bund durch die Unterstützung der Gesamtbewegung vorwärts gekommen und hat sich Ansehen und Beachtung erworben. Zwar zählt er innerhalb des Gesamtverbandes zu den kleineren Organisationen, aber auch kleine Organisationen können an Aktivität und vor allem an Bedeutung für das wirtschaftliche und geistige Leben weit über ihre Mitgliederzahl zur Geltung kommen. Für die christlich-nationale Arbeiterbewegung, darüber hinaus für den christlichen Volksteil, ist das Vorhandensein einer christlichen Buchdrucker-Gewerkschaft heute mehr als je Voraussetzung ihres ungehinderten Wirkens auf geistigem Gebiete. Die Meinungsfreiheit steht nur auf dem Papier, wenn sie nicht durch Menschen in den Betrieben garantiert wird, die in den entscheidenden Fragen gleicher Meinung sind.

Ein Vierteljahrhundert standen wir in Waffenbrüderschaft zusammen. Dasselbe tun auch im 2. Vierteljahrhundert auf christlich-nationalem Boden Wegbereiter einer sozialen Wirtschaftsordnung sein.

## Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Wer stimmt für Aufhebung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge? Das amtliche Stenogramm über die letzte Reichstagsitzung ist erschienen. Daraus geht hervor, daß in der Abstimmung über den Antrag, die Reichsregierung zu erfuchen, „Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Aushöhlung des Tarifrechts abzulehnen, insbesondere Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages abzuwehren“, folgende Abgeordnete mit „Nein“ gestimmt haben: vom Zentrum: Affor, Bielefeld, Bürgers, Hartwig, Rongen und Weiser; von der Deutschen Volkspartei alle mit Ausnahme von Glöckel und Thiel; von der Wirtschaftspartei alle mit Ausnahme von Pöschel; von den Volkstonskonvokativen Graf Westarp; von den Deutschhannoveranern alle; von der Bayerischen Volkspartei Korbacher und Graf von Quadt; vom Landvolk alle; von der Staatspartei Colosser, Hillebrand und Dr. Wirsing; von der Deutschen Bauernpartei alle; von den Wilden Wönte. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten hatten sich durch ihren Auszug aus der Sitzung einer klaren Entscheidung in dieser Frage entzogen. Der Schuß des Tarifvertrages hat unter den bürgerlichen Parteien bei folgenden Fraktionen keinerlei Gegnerschaft gefunden: Volkstonsnationalen Reichsvereingung, Christlichsozialer Volksdienst. In allen anderen sogenannten bürgerlichen Parteien sitzen Gegner der Tarifverträge, was für unsere Kollegen, die sich in diesen Parteien betätigen, Pflicht sein sollte, hier gehörig nach dem Rechten zu sehen.

Der Wirtschaftsbeirat. Die Reichsregierung hat nunmehr den vom Reichstanzler angekündigten „Wirtschaftsbeirat“ berufen. Dieser soll aus Sachverständigen bestehen, die bei neuen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik gehört werden sollen. Unter den 25 Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates befinden sich 6 Arbeitnehmervertreter, vom DGB sind es die Kollegen Otte und Dr. Jahn. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder sind Unternehmer oder Unternehmervertreter. Schon daraus ergibt sich, daß die in der Öffentlichkeit geführt Debatte über die Bildung einer Art neuen Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern am Wesen dieses Ausschusses vorbeigeht. Darin kam wohl lediglich der Wunsch gewisser Unternehmerkreise zum Ausdruck, die hoffen, man werde diesen Wirtschaftsausschuß gebrauchen können, um die Zustimmung der Arbeitnehmer auf Gebieten zu erreichen, die besonders heftig umkämpft sind.

Betrachtet man an sich die Zusammenfassung des Wirtschaftsbeirates, dann kann man der Meinung sein, daß Sozial- und Lohnpolitik gar nicht so einseitig im Vordergrund der Diskussion stehen werden. Die Berücksichtigung auch mittlerer und kleinerer Unternehmer in Verbindung mit einer Zurückdrängung der bisher dominierenden Großindustrie und der Banken läßt den Schluß zu, daß die Regierung einen Beirat haben will, der eine Aussprache über alle wirtschaftspolitischen Fragen ermöglicht.

Selbstverständlich können in diesem Ausschuß keine Mehrheitsbeschlüsse gefaßt werden. Es darf aber auch nicht zu einer Art kleinem Parlament werden, in dem man hinter den Kulissen Ruhhandel treibt. Die Hauptbedeutung des Wirtschaftsbeirates liegt darin, daß die komplizierte und die Gesamtwirtschaft stark beeinflussende Wirtschaftsgebarung nicht einseitig der Bürokratie überlassen, sondern die Möglichkeit einer Vorberatung der von den Ministerien ausgearbeiteten Entwürfe ähnlich wie in den Reichstagsausschüssen geschaffen wird, natürlich mit dem Unterschiede einer Ausschaltung der politischen Mehrheitsverhältnisse. Man kann auch hier nicht voraussetzen, wie sich die Arbeit des Wirtschaftsbeirates praktisch gestalten wird. Keinerlei Illusionen darf man sich über die Stellungnahme der Arbeitnehmer machen, deren Mitarbeit wesentlich davon abhängt, ob ihnen durch den Wirtschaftsbeirat die Zustimmung zu untragbaren Plänen abgerungen werden soll. Wir nehmen nicht an, daß die Autorität des Reichspräsidenten für derartige Zwecke eingesetzt wird.

Der Tätigkeit des Beirates sind bestimmte Grenzen gesetzt. Er kann nur auf solchen Gebieten wirksam werden, die irgendwie kollektive Angelegenheiten sind. Hier ist gewiß manches zu leisten. Man braucht nur an Kartellbindungen oder an erleichterte Anpassung an inzwischensichtbarer gewordene Strukturwandlungen im Wirtschaftsaufbau zu denken.

Internationale Verkürzung der Arbeitszeit. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist in Genf zu seiner 25. Tagung zusammengetreten. Als Nachfolger des verstorbenen Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Arthur Fontaine, wurde der belgische Regierungsvertreter M a h a i m gewählt. Der Konferenz liegt eine Zusammenfassung über die Weltarbeitslosigkeit vor, und der Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes. In diesem Bericht wird der Vorschlag gemacht, international eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, um durch dieses Mittel die Arbeitslosigkeit einzuschränken zu können. Der Verwaltungsrat wird über diesen Vorschlag zu beraten haben. Bisher haben es die Arbeitgebervertreter im Verwaltungsrat stets abgelehnt.

eine Arbeitszeitverkürzung zu besprechen. Weiter steht das Programm der öffentlichen Arbeiten zur Debatte, das eine Reihe von großen Bauplänen in den verschiedensten europäischen Staaten vorstellt. In den Plänen für Deutschland haben die Sachreferenten des Reichsarbeitsministeriums mitgearbeitet.

## Allgemeine Rundschau

Ferdinand Brauer gestorben. Am 22. Oktober verchied in Düsseldorf der Ehrenvorsitzende des Zentralverbandes christlicher Maler, Kollege Ferdinand Brauer, im Alter von 59 Jahren.

Der Berewigte war Mitgründer und lange Zeit 1. Vorsitzender seines Verbandes, den er in schwierigen Zeiten über alle Fährnisse hinwegbrachte. Ferdinand Brauer war ein Muster der Arbeitsamkeit und höchsten Pflichterfers. Als außerordentlich fähiger Organisator hat er für die Interessen des Malerberufes und namentlich seiner Verbandskollegen viel Segensreiches wirken können.

Neben seiner Gewerkschaftsarbeit hat er auch im Stadtparlament und Provinziallandtag sich weit über den eigenen Kreis seines Wirkens hinaus als mannhafter Befechter einer gefunden Sozialpolitik einen besonderen Namen gemacht. Die christlichen Gewerkschaften betrauen in Ferdinand Brauer einen Kreis opferbereiten Kollegen und alten erprobten Kämpen. Sein Andenken bleibt bei uns allen in Ehren.

Der katholische Gesellenverein im Jahre 1930. Im „Kolpingblatt“, der Zeitschrift der katholischen Gesellenvereine, wird ein Bericht gegeben über die Entwicklung und die Arbeit der katholischen Gesellenvereine im Jahre 1930. Daraus ist zu ersehen, daß am 1. Jan. 1931 insgesamt 2291 Vereine mit 125365 aktiven Mitgliedern vorhanden waren. Davon entfielen auf Deutschland 1771 Vereine mit 94416 aktiven Mitgliedern. Vom 1. Januar 1929 bis zum 1. Januar 1931 sind 390 Neugründungen erfolgt und ist eine Zunahme an Mitgliedern von 8774 zu verzeichnen.

Auf dem Gebiet des Bildungswesens haben die Vereine in der Berichtsperiode Wertvolles leisten können. 301 Lesezimmer standen zur Verfügung, 571 eigene Bibliotheken mit 103740 Bänden waren vorhanden und wurden im Berichtsjahre von 18543 Mitgliedern benutzt. Besonderer Wert wurde, wie schon immer, auf die berufliche und sachliche Bildung gelegt. In den deutschen Gesellenvereinen bestanden 337, besonders für die einzelnen Berufszweige eingerichtete Fachabteilungen; diese verantworteten 736 Fachkurse, an denen über 11000 Mitglieder teilnahmen. Daneben wurden 1550 Unterrichtskurse veranstaltet, die von 25240 Mitgliedern besucht waren. In den Fachabteilungen wurden außer den praktischen Kursen alljährlich noch etwa 4500 Vorträge über berufliche, wirtschaftliche und staatsbürgerliche Fragen gehalten und ferner 1000 Besichtigungen von Handwerks- und Industriebetrieben vorgenommen.

Für die wandernden Mitglieder wurde auch in der Berichtsperiode bestmöglichst gesorgt. Insgesamt wurden 348839 Nachquartiere und 645042 Nachzeiten unentgeltlich an durchreisende Mitglieder gewährt. Die Gesamtkosten zur Durchführung dieser Wanderfürsorge betragen 787461 RM.

Die gute Entwicklung und die erfolgreiche Arbeit der Gesellenvereine können auch wir als christliche Gewerkschafter nur begrüßen. Stellen doch die Gesellenvereine einen erheblichen Prozentsatz der christlichen Gewerkschaftsmitglieder, und sie sind auch sonst mit den christlichen Gewerkschaften in enger Waffenbrüderschaft verbunden. Es ist daher selbstverständlich, daß wir ihnen auch für die Zukunft eine weitere gute Entwicklung sowie erfolgreiche Arbeit wünschen.

Besteuerung der Bauparteiungen. An der Entwicklung der Baupartassen ist nicht nur das Baugewerbe, sondern unsere gesamte Wirtschaft interessiert. Sie stellen billige Baupreise zur Verfügung für den Bau von Eigenheimen und die Abbildung teurer Hypotheken. Das ist von volkswirtschaftlichem Vorteil, auch die Sparrätigkeit an sich ist volkswirtschaftlich von Nutzen, deshalb sollte man sie mit allen Mitteln fördern. Jetzt hat aber eine findige Finanzbehörde festgestellt, daß man die Einlagen bei Baupartassen versteuern könnte und sie hat die Einlagen für steuerpflichtig erklärt. Dagegen wurde Einspruch erhoben und auch Berufung beim Finanzgericht sowie Rechtsbeschwerden beim Reichsfinanzhof eingeleitet, aber alle Beschwerden und Berufungen wurden abgelehnt. Man begründet es damit, die Baupartaverträge seien als Kapitalansammlungsverträge anzusehen und müßten versteuert werden. Jede Sparrätigkeit, ob bei der Sparrasse oder zu Hause im Strumpf ist doch eine Kapitalansammlung und müßte somit versteuert werden. Baupartassachverwaltende erklären deshalb auch diese Entscheidung für falsch. Trotzdem will jetzt der Reichsfinanzminister alle Sparbeträge bei den kollektiven Baupartassen bei der Einzahlung mit 2% einmaltig besteuern. Das bedeutet eine Schädigung nicht nur der Baupartassen, sondern der Baupartassen allgemein. Wie segensreich diese wirken

können, gerade jetzt, wo uns das Geld für den Wohnungsbau fehlt, jetzt die älteste und größte deutsche Bauparpartei Gemeinschaft der Freunde, Wissenrot in Ludwigsburg, mit der bekanntlich auch die christlichen Gewerkschaften, konfessionelle Arbeitervereine und andere bedeutende Organisationen einen Freundschaftsvertrag geschlossen haben. Diese hat innerhalb 6 1/2 Jahren rund 12 000 Eigenheime mit 176,7 Millionen RM. finanziert. Die genannte Bauparpartei hat zwar erreicht, wenigstens die rückwirkende Anwendung der Steuerpflicht abzumenden, aber ab 1. Oktober d. J. sollen alle eingehenden Bauparträge versteuert werden. Es wäre zu wünschen, daß diese Maßnahme noch einmal einer Revision unterzogen wird, weil sie sicher mehr Schaden als Nutzen bringt. Man sollte den Sparwillen mit derartigen Maßnahmen nicht totschlagen. I.

**200 Millionen RM. Baugelder verteilt** Die Arbeitslosigkeit nimmt einen immer größeren Umfang an. Die Folgen für unser Wirtschaftsleben, für Volk und Staat sind katastrophal. Eine Voraussetzung für die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist vor allem die Schöpfung des Baugewerbes als Schlüsselgewerbe. Dadurch würde nicht nur Arbeit geschaffen, sondern auch die Wohnungsnot und das Wohnungselend eine Binderung erfahren.

Bei der Finanzierung des Wohnungsbaues spielen die Bauparparteien eine nicht mehr untergeordnete Rolle. Das beweist besonders die älteste und größte Bauparpartei Deutschlands, die Gemeinschaft der Freunde Wissenrot in Ludwigsburg, die trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, trotz der einschneidenden Maßnahmen der Regierung, die sich für Reich, Staat und Gemeinden, sowie für alle Sparkassen und Bantstitute auswirkten, und trotz aller Anfeindungen, denen in letzter Zeit auch die Gemeinschaft der Freunde ausgesetzt war, erneut eine Millionenauschüttung vorgenommen hat und damit allein in diesem Jahre schon die Summe von fast 20 Millionen RM. erreichte, die für Bauparierer bereitgestellt wurden. Unter Berücksichtigung der eingetretenen Veränderungen (durch Rücktritt oder Erhöhung nicht wirksam gewordener Zuteilungen) ergibt sich, daß insgesamt bis zum 23. September 1931 an

11 997 Bauparierer 179 677 664.— RM. Baugelder zugeteilt wurden. Aus diesen Zahlen mag man die Bedeutung der Bauparpartien für unser Wirtschaftsleben erkennen.

Mit der Gemeinschaft der Freunde hat bekanntlich auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung ein Freundschaftsabkommen getroffen, wodurch ebenfalls bewiesen ist, welches Vertrauen man zu dieser genannten Kasse haben darf.

**Aus den Berufen**

**Allgemeinverbindlichkeit**

Der am 21. Mai 1931 abgeschlossene Tarifvertrag für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe, nebst Protokoll-Erklärungen, ist mit Wirkung vom 1. September 1931 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

**Lohnverhandlungen im Steindruck gescheitert**

Am 26. Oktober wurde über die künftige Lohnregelung im Steindruck verhandelt. Der Schupverband deutscher Steindruckereibesitzer forderte eine Lohnsenkung von 12 Prozent, und arbeitnehmerseitig wurde jegliche Lohnverschlechterung abgelehnt. Der Schupverband suchte hauptsächlich mit dem Sturz des Pfundes die Notwendigkeit einer stärkeren Lohnsenkung, mit Rücksicht auf Export, zu begründen.

Die Gehilfen lehnten eingebend der stark vorherrschenden Kurzarbeit mit Recht jegliche Lohnsenkung ab und endeten die Verhandlungen innerhalb der Vertragsparteien ergebnislos. Der Schupverband deutscher Steindruckereibesitzer wird nunmehr Schlichtungsverhandlungen bei dem Reichsarbeitsministerium beantragen.

**Die Lohnverhandlungen im Buchdruck**

sind seitens der Tarifparteien auf Montag, den 16. November in Berlin angelegt. Die Kündigung des Lohnvertrages seitens des Deutschen Buchdrucker-Vereins erfolgte in der Absicht, dem Buchdruckerpersonal nennenswerte Verschlechterungen zuzumuten. Die Arbeitnehmervertragsparteien werden den diesbezüglichen Absichten stärksten Widerstand entgegensetzen.

**Aus den Ortsgruppen**

**Mugsburg.** Am Donnerstag, den 22. Oktober, konnte der Vorsitzende eine vom Graphischen Zentralverband und Gutenberg-Bund gemeinsam einberufene und sehr gut besuchte Versammlung mit herzlichsten Begrüßungsworten eröffnen. Bezirksleiter, Kollege Trunz vom Gutenberg-Bund sprach über tarifliche Zeitfragen. Er

schilderte die Kämpfe bei der im vergangenen Jahre eingehenden Lohnabbaumelle, von der nach langem, hartem Sträuben im Anfang dieses Jahres auch unser Gewerbe erfaßt wurde. Eingehend behandelte er die Versuche, die im Laufe des Jahres noch gemacht wurden, um einen zweiten und dritten Lohnabbau durchzuführen, sowie die Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit. Die Zusammenhänge wurden in ihren Einzelheiten durch die klaren Ausführungen jedem einzelnen verständlich, wobei besonders der letzte Punkt gespannte Aufmerksamkeit fand. — Reicher Beifall lohnte den sachlichen Vortrag. Die Versammlung beauftragte den Referenten einstimmig, beiden Zentralen mitzuteilen, daß die Ortsgruppen in Mugsburg sich voll und ganz hinter unsere Verhandlungsvertreter stellen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden kann nur dann für gut gehalten werden, wenn Einstellungsstopp und 40% Lohnausgleich damit verbunden ist. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich käme einer neuen Schädigung der Wirtschaftslage gleich, da die Kaufkraft noch mehr geschwächt und eine Hebung der Produktion dadurch nicht erreicht würde.

Anschließend an die geschäftliche Erledigung mehrerer Eingänge nahm der Vorsitzende auch Stellung zu der politischen und religiösen Neutralität der freien Gewerkschaften, die immer so gern in den Vordergrund geschoben und betont wird. Er empfahl die kleine Broschüre „Sind die freien Gewerkschaften politisch und religiös neutral?“ dringend. Mit Dantesworten an den Referenten und dem Wunsch, daß dieser gemeinsamen Tagung noch viele folgen mögen, schloß die wertvolle Anregungen vermittelnde, interessante Versammlung. B. G.

**Dortmund.** Wie im vergangenen Jahre, so veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft auch dieses Jahr wieder eine besondere Frauenversammlung. Donnerstag, den 8. Oktober gaben sich zu diesem Zweck rund 200 Kolleginnen und Kolleginnen im Vereinshaus St. Josef ein Stellbilden. Die schon gebeten Tischbeleg waren recht schnell mit frohen Menschen besetzt. Unsere Konsumgenossenschaft „Eintracht“ hatte einen lederen Kaffee und gutes Gebäck geliefert. Für die Arbeitsgemeinschaft begrüßte Kollege Rembügler alle Erschienenen. Er legte kurz den Zweck solcher Veranstaltungen klar. Einmal wollen wir durch solche Frauenversammlungen unsere Kolleginnen, sowie unsere Kolleginnen mehr an die Organisation fetten, ihnen von den vielen Arbeiten der Gewerkschaften für die Arbeiterfamilien berichten, wollen aber auch erreichen, daß der Genossenschaftsgedanke mehr und mehr unter unseren Frauen verbreitet wird. Heute ist es doch notwendiger denn je, daß wir durch unsere Genossenschaften preisregulierend auf dem Warenmarkt wirken, damit das wenige Einkommen, welches die Arbeiterfamilien noch haben, einigermaßen ausreicht.

Bei Musikdarbietungen des Herrn Panitz mundete Kaffee und Kuchen sehr gut. Nach der ersten Stärkung wurde ein gemeinschaftliches Lied gesungen. Abmann sprach Kollege Kossil von der „Eintracht“ über das Thema „Warum taufe ich in der Konsumgenossenschaft.“ Klar und prägnant zeigte der Redner den Zuhörern ein Bild von der Bedeutung der Konsumgenossenschaft für den Arbeiterhaushalt und den Aufstieg der Arbeiterkraft. Gewerkschaften und Genossenschaften gehören zusammen. Ein guter Gewerkschafter muß auch guter Genossenschaftler sein.

Gegen Abend erschienen auch die Männer und Kollegen. Nun vergingen die frühlichen Stunden bei Gesang, Musik und humoristischen Vorträgen allzu schnell. Auch ein Tanzchen wurde riskiert. Man schied später im Gedanken, wieder einmal durch die Arbeitsgemeinschaft anregende und frohe Stunden genossen zu haben.

Wir veranstalten ebenfalls von der Arbeitsgemeinschaft vom 5. November bis 3. Dezember an 5 aufeinander folgenden Donnerstagsabenden wieder einen Unterrichtskursus. In diesem Kursus werden wir uns über Rechtsfragen unterhalten, wie sie gerade heute täglich an uns herantreten. Die Vorträge beginnen pünktlich 20 Uhr im Vereinshaus St. Josef, Heroldstr. 13. Wir bitten unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. Den Teilnehmern entstehen keinerlei Kosten.

**Herne.** Die Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 25. Oktober, im Lokale Sternberg eine gutbesuchte Gemeindefestversammlung der Ortsgruppen Herne und Bochum ab. Der Vorsitzende, Kollege Coesfeld, begrüßte den zu dieser Versammlung erschienenen Bezirksleiter Rembügler und die Kollegen von Bochum recht herzlich. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte er der durch das Grubenunglück auf der Zeche Mont Ceris auf so tragliche Weise ums Leben gekommenen Bergknappen. Die Versammlung ehrte das Andenken der auf dem Schlachtfeld der Arbeit gebliebenen Kameraden in einer Minute stillen Gedenkens. In einem ausführlichen, sehr lehrreichen Vortrag sprach Johann Kollege Rembügler über: „Die berufliche und tarifliche Lage der graphischen Arbeiterkraft.“ Packend schilderte er die gegenwärtige schwere Zeit und wies überzeugend nach, daß nur in gewerkschaftlichem Zusammenstand die Möglichkeiten für den Arbeiterstand liegen, all die Angriffe und Verschlechterungsabsichten abzuwehren. Er ermahnte alle, gerade jetzt eifrig zusammenzukommen und mit ganzer Kraft die

Zwecke und Ziele unseres Verbandes zu erstreben. Hauptaufgabe sei es heute, alle noch vorhandenen Unorganisierten für unsere Sache zu gewinnen. Reicher Beifall lohnte die interessanten, klaren und aufschlußreichen Worte. Die Aussprache gab noch manch wertvolle Anregung. Zum Schluß wurden in einer photographischen Aufnahme die Teilnehmer dieser ersten gemeinsamen Versammlung, der noch viele folgen sollen, festgehalten. J. G.

**München.** Daß in München der Graphische Industrie-Verband nicht auch wie anderswärts auf das Eis gelegt ist, beweist unsere letzte, mit dem Gutenberg-Bund gemeinsam abgehaltene Versammlung, bei der Kollege Stadtrat Schmucler über die zur Zeit vielbesprochene Frage: „Kommunalpolitik und Wirtschaft“ sprach. Er gab in klaren und verständlichen Ausführungen einen Überblick über die Aufgaben einer Großstadtverwaltung und verteidigte die Kommunalverwaltungen gegen die meist faßenscheinigen Anwürfe der Wirtschaft, die auf der einen Seite bei jeder Gelegenheit rücksichtsloses Sparen in der Gemeindeverwaltung fordern, auf der andern Seite aber die Gemeinden stets um Aufträge bestürmen. Er sprach auch einem Anlieh der Gemeindebeamten an die Bezüge der Reichsbeamten das Wort mit der Begründung, daß die Gemeinden, die in Zeiten einer guten Finanzlage ihren Beamten mehr geben, in Krisenzeiten auch den Mut aufbringen müssen, die Mehrleistungen wieder zurückzunehmen. Eine reiche und befruchtende Aussprache ergänzte die Ausführungen des Referenten. Beide Verbände gaben zum Schluß ihre geschäftlichen Mitteilungen bekannt.

**Bekanntmachungen des Vorstandes**

**Abrechnungen** fanden am 31. zum 31. Oktober 1931: Bonn, Bären, Waing, W. Gladbach, Wannen Cleve, Duisburg, Eiten, Rheidt, Revelier, Bieren, Rietfeld, Bremen, Wiedenbrück, Amberg, Aaußbeuren, Kempten, Mainburg, Nürnberg, Pforzheim, Seelbach, Dangi, Eberswalde, Ludnwalde, Reife, Torgau, Jüllshau, Breslau, Diesdorf, Glog, Görlitz, Münsterberg, Neuzals.

**Gelder** fanden ein bis zum 31. Oktober 1931: Ludenwalde, Görlitz, W. Gladbach, Eiten, Akin, Breslau, Würzburg, Seelbach, Diebold, Waing, Albersleben, Berlin, Pommersdorf, Paderborn, Bieren, Erlau, Eiten, Pforzheim, Wiedenbrück, Cleve, Bonn, Berlin, Witten, Kempten, Neuzals, Hannover, Dangi, Reife, Amberg, Jüllshau, Torgau, Sierich, Mainburg, Sigen, Eibing, Nürnberg, Bi. lefeld, Uim.

**Materialleistungen.** Es gingen den Ortsgruppen zu: Werbematerial, Fragebogen und Kartennancartile. Wenn irgendwo die Sendung nicht eingetroffen sein sollte, erbiten wir Nachzahl.

**Arbeitslosenstatistik.** Um pünktliche Einreichung der Berichtarten und Erhebungsbogen wird dringend gebeten.

**Zeitschriften nicht vergessen.** Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 46. Wochenbeitrag fällig.

**Anzeigen**

Unseren lieben Kolleginnen **Maria Schaub** und **Elfriede Breter** und ihren Ehegatten

zur Vermählung herzlichste Glück- und Segenswünsche. Ortsgruppe Dortmund.

Unserem lieben Kollegen **Johann Krings** zur Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Ortsgruppe Düsseldorf.

Der langjährigen, eifrigen Mitarbeiterin im Vorstand und Betriebsrat, unserer lieben Kollegin **Anna Maier** nebst Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Ortsgruppe Freiburg.

Unserem lieben Kollegen **Heinrich Schäffer** nebst Braut zur Vermählung unsere besten Glückwünsche. Ortsgruppe Paderborn.

Unserem lieben Kollegen **Johann Otten** zu seinem 40jährigen Arbeitsjubiläum in der Firma H. Deußen & Co., Rheidt, die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Rheidt.

Wir betauern das Ableben unseres Gründungsmitgliedes **Joseph Attenkoven** und bewahren ihm ein treues Gedenken. Ortsgruppe Würzburg.